

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 184. Ratssitzung vom 16. Dezember 2017

Gemeinsame Behandlung der Anträge 160. und 161. (Postulat GR Nr. 2017/427)

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Walter Angst (AL) begründet den Antrag der Kommissionsmehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3535/2017): Bei der Realisierung von Schulbauten gibt es nach wie vor grosse Verzögerungen. Die Prozesse sind der wachsenden Stadt nicht mehr angepasst. 10 Jahre für einen Schulhausbau sind nicht angemessen angesichts der schnellen Veränderungen. Das Postulat fordert mit Nachdruck eine rasche Anpassung der Prozesse. Das betrifft nicht nur das HBD und nicht in erster Linie Immobilien Stadt Zürich (IMMO), sondern das ganze Zusammenspiel zwischen dem SSD und den verschiedenen Abteilungen des HBD wie IMMO, AHB, Amt für Städtebau (AfS) und weiteren – bis hin zur Liegenschaftenverwaltung (LV). Bei der Schulraumplanung zeichnet sich im Grossen keine Besserung ab. Insbesondere im Gebiet Altstetten ist es eine Katastrophe; in Anbetracht der Bautätigkeit müsste man dort eigentlich schon übermorgen 30 zusätzliche Schulzimmer haben, doch deren Realisierung ist noch überhaupt nicht klar. Ähnlich ist die Situation im Raum Albisrieden. Es scheint insbesondere im überbauten Gebiet schwierig, den Schulraum bereitzustellen. Auf der anderen Seite ist festzustellen, dass offenbar doch schon eine Bewegung eingesetzt hat: Das Schulhaus Guglach, wo die Stadt bereits im Besitz des Lands ist, soll nun innerhalb von sechs Jahren realisiert werden. Damit bewegt man sich in Richtung der im Postulat formulierten Zielgrösse: Sechs Jahre zwischen Planungsbeginn und Bezug. Ähnlich positiv scheint es beim Schulhaus Freilager zu laufen. Die Bauprozesse sollen angepasst werden, denn darin liegt das Hauptoptimierungspotenzial. Wenn die IMMO eine Beschleunigung schafft, erhält sie auch die zusätzlichen Ressourcen. Andernfalls ist die gewünschte Ressourcenzuteilung nicht möglich. Zehn Jahre nach «Zürich baut gut und günstig» ist es an der Zeit, Massnahmen einzuleiten, die Ergebnisse bringen. Die bei den Stellen gestellten Anträge sind um die Hälfte zu reduzieren. Wenn die Ressourcen nachgewiesen sind und wir sehen, dass es umgesetzt wird, ist aus Sicht der AL auch noch ein Zusatzkredit möglich. Wir wünschen regelmässige Information über den Vorgang der Arbeiten bei der Reorganisation der Prozesse.

Stefan Urech (SVP): Die IMMO wächst und hat immer mehr Ausgaben, wobei einzelne Investitionen absurd sind, wie wir später noch erfahren werden. Da wir keinen genauen Einblick haben, können wir die weniger als 10-prozentige Kürzung nicht anders begründen als damit, dass man sich auf dringend notwendige Investitionen konzentrieren und weniger Dringendes auf später verschieben soll. Wenn man Prozesse vereinfachen und Sachen beschleunigen will, muss man vom riesigen Verwaltungsapparat einfach gewisse Scheiben abschneiden.

Dorothea Frei (SP): Wir haben gehört, wie gross das Investitionsprogramm ist, das die IMMO zu stemmen hat und gesehen, in welchen Schritten die Investitionen umgesetzt

werden. Es ist ja nicht so, dass die IMMO es von sich aus gut findet zu bauen; viele Dinge hat der Gemeinderat bestellt, so z. B. die Dreifachturnhalle in Witikon und Schulhäuser. Der Rat kann nicht dauernd Sachen verlangen und fordern, es müsse schneller gehen, ohne der IMMO die entsprechenden Stellen zu geben. Erhöhen wir die Kapazität und schauen wir, dass gebaut werden kann – nachher können wir schauen, was mit den Stellen ist. Um den Stau zu bewältigen, braucht es Leute. Wir unterstützen das Postulat, die Prozessanpassungen sollen parallel laufen.

Thomas Schwendener (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag: Das Projekt ist nicht realisierbar, denn es gibt verschiedene Planungsprozesse zwischen der Stadt und dem Kanton Zürich. Die linke Ratsseite will immer mehr auch die Eltern in solche Prozesse miteinbeziehen – doch zu viele Köche verderben den Brei. Zudem müssen Submissionsverfahren durchgeführt werden, die Stadt ist kein privater Unternehmer. Zuerst müssten einmal Standards für Schulzimmer und Schulhäuser festgelegt werden. Man kann jetzt nicht einfach von hinten anfangen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): In der Stadt dauert es heute in der Regel zehn Jahre vom Planungsstart bis zum Bezug eines neuen Schulhauses, das ist zu lange. In den nächsten sieben Jahren werden in der Stadt 7200 zusätzliche Kinder in die Schule und in den Kindergarten gehen, es braucht also – unter Annahme einer relativ hohen Klassengrösse von 22 Kindern – 330 zusätzliche Klassenzimmer (sowie auch noch zusätzliche Horträume). Selbst wenn man damit rechnet, dass ein grosser Teil der Kindergärten ausserhalb der Schulhäuser untergebracht werden, bleibt die Tatsache, dass bis August 2025 mindestens 260 zusätzliche Klassenzimmer in der Stadt bereitstehen müssen. Gemäss dem Bericht «Schulraumplanung» sind bis dann aber nur 104 zusätzliche Klassenzimmer bezugsbereit. Es zeichnet sich also ab, dass die Stadt das akute Raumproblem mit etwa 40 weiteren «Züri-Modular»-Pavillons (ZM-Pavillons) lösen will. 2018 stehen bereits 65 ZM-Pavillons auf Zürcher Schulanlagen. Aus unserer Sicht sind das Notlösungen, die den Schülerinnen und Schülern meistens den Pausenplatz oder die Spielwiese wegnehmen. Dieser Freiraum ist aber sehr wichtig für eine gesunde Entwicklung und für die Lernmotivation. Mit einer Beschleunigung des Verfahrens bei Neu- und Erweiterungsbauten könnten weitere Schulhäuser bis 2025 statt erst bis 2027 realisiert werden. So könnte man ab 2025 auf zusätzliche ZM-Pavillons verzichten oder sogar ein paar Pavillons abbauen und so den Kindern den Pausenplatz wieder zurückgeben. Um neue Schulhäuser schneller als bisher zu bauen, braucht es sowohl eine Vereinfachung der Prozesse als auch geringfügig mehr Personal im HBD.

Michael Baumer (FDP): Infrastrukturen müssen erstellt und finanziert werden können, das gilt natürlich insbesondere für den Schulraum. Den Ausführungen von Walter Angst (AL) können wir im Wesentlichen zustimmen. Wir unterstützen auch, dass Dritte einen Beitrag leisten können. Wenn die Schülerzahl in einem Quartier steigt, sinkt sie in der Regel nach einer gewissen Zeit auch wieder. Es könnten neue Modelle geprüft werden.

Isabel Garcia (GLP): Im Rahmen der Beschaffung von sechs zusätzlichen ZM-Pavillons gab es im Gemeinderat Ansätze einer Grundsatzdebatte zu diesem sehr wichtigen Thema. Die GLP sieht einen sehr grossen Handlungsbedarf und hat verschiedene Handlungslinien zur Verbesserung der Situation aufgezeigt. Eine davon entspricht genau der Forderung des Postulats: Es besteht wirklich ein Problem mit extrem komplizierten und langwierigen Prozessen – diese können sicher gestrafft werden. Weiter ist auch wichtig, dass man beim Thema Denkmalschutz den gesunden Menschenverstand einschaltet. Die Handlungslinie, die man verfolgt, muss natürlich mit entsprechenden Anträgen im Budget untermauert werden.

Reto Vogelbacher (CVP): Das Postulat ist sinnvoll. Gewisse Schritte in einem Prozess können wahrscheinlich wirklich schneller gemacht werden. Es gibt aber auch sequenzielle Schritte, die sich kaum verkürzen lassen. Aber es ist ein edles Ziel und eine Anregung, die Zeitspannen zu verkürzen. Das HBD hat auch signalisiert, dass es hierzu gewillt und bemüht ist.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Die Schulraumplanung ist eine Herausforderung in einer wachsenden Stadt. Es wurde durchaus schon einiges gemacht, indem der Investitionsplafond von 200 auf 245 Millionen Franken erhöht wurde – diese Erhöhung fliesst richtigerweise in den Bereich Schulraumbedarf, dem Schwerpunkt der nächsten Jahre. Zur Umsetzung von Investitionen braucht es Planung und Finanzen. Der Prozess muss angeschaut werden und das wird auch schon gemacht. Gewisse Sequenzen müssen seriell geschaltet sein, andere Bereiche lassen sich durchaus koordinieren, sodass die Köche gemeinsam schnell unterwegs sind und nicht den Brei verderben. Wenn man den Prozess von A bis Z anschaut, ist eine ganze Kette von Dienstabteilungen beteiligt: Schulamt (SAM), Schulpräsidien, Denkmalpflege im AfS, IMMO, AHB – und wenn es um den Kauf von Land geht, kommt auch noch die LV hinzu. Gespräche zu diesem Thema habe ich in der Klausur des Stadtrats bereits geführt, bevor die Anträge auf dem Tisch lagen. Ich nehme das Postulat auch als Auftrag, die Sache gemeinsam mit den involvierten Dienstabteilungen und Stadträten anzupacken. Es ist klar, dass wir in dieser Frage mit der RPK, der Spezialkommission und dem ganzen Gemeinderat im Dialog bleiben werden.

S. 293 40
4040
3010 0000

HOCHBAUDEPARTEMENT
Immobilien Stadt Zürich
Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
160.	Antrag Stadtrat			32 779 200 228 000 N	Minderheit 1	Dorothea Frei (SP) Referentin, Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)

4 / 5

350 000	32 657 200	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
3 277 900	29 729 300	Minderheit 2	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
Begründung: AL: Von 7 im Budget eingestellten Stellen (2 vom Gemeinderat im Budget nicht bewilligte Stellen sind im Stellenplan, aber nicht budgetiert) werden 3,5 Stellen bewilligt. Der Lohn für 3,5 Stellen wird gekürzt. Bei Umsetzung Postulat GR Nr. 2017/427 kann ZK beantragt werden; SVP: Verzicht auf nicht dringende Investitionen und fortlaufende Datenbereinigung eigener Liegenschaften, Stellenreduktion bei Fachstelle Kunstsammlung			

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(33 007 200)	53 Stimmen
Antrag Mehrheit	(32 657 200)	50 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(29 729 300)	<u>22 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 72 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

3607. 2017/427

Postulat der AL-Fraktion vom 29.11.2017:

Anpassung der Planungs- und Bauprozesse im Portfolio Schulen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3535/2017).

5 / 5

Thomas Schwendener (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2017/311, Beschluss-Nr. 3589/2017, Antrag Nr. 160.

Das Postulat wird mit 102 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat